



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

SD/X/11 - 18. 6. 1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

O S T - D I E N S T

Hinweise auf
den Inhalt:

FDGB-Kongreß vollendet Bolschewisierung	Seite	1
SED verbrennt "ideologische Irrtümer"	Seite	3
Statistik des Hungers	Seite	5
Ulbrichts Programm der Spaltung	Seite	6

Staatsgewerkschaft FDGB provoziert weiter

OD. Es ist kein Zufall, daß der "IV. Kongreß" der Staatsgewerkschaft der SBZ an genau den Tagen stattfindet, an denen vor nunmehr zwei Jahren die Zonenarbeiter auch mit dieser kommunistischen Ausbeuterorganisation ihre entscheidende Abrechnung hielten. Der kommunistische FDGB will durch diese Demonstration beweisen, daß er jene Krise überwunden und sich innerlich gefestigt habe. Einzig und allein aus diesem Grund die Terminwahl, einzig und allein aus diesem Grund auch die aufpulvernde Propaganda, mit der die Lebensfähigkeit dieser Scheingewerkschaft vorereizt werden soll.

Der sogenannte "Präsident" der Zonenrepublik, Wilhelm PIECK, hat am 15. 6. den Startschuß zum Kongreß ^{dadurch} gegeben, daß er den staatlichen Gewerkschaftsbund einen kollektiven "Karl-Marx-Orden" verlieh und über den Häuptern von Funktionären und Aktivisten die Schleusen für einen Regen "Vaterländischer Verdienstorden" öffnete. Herbert WARNEKE, Vorsitzender des FDGB und Einpeitscher des Ulbrichtkurses, darf an der Spitze der Ordensträger paradiere. Den Preis für das Talmigold der Auszeichnungen dürfen die Arbeiter der Zone, die Zwangsglieder des FDGB, bezahlen.

Zentraler Punkt des Kongresses ist nämlich die Annahme eines neuen Statutes für die zonalen Scheingewerkschaften, das den I-Punkt auf ihre Total-Bolschewisierung setzt. Hatte sich der FDGB in seinen vom III. Kongreß zurechtge-

SPD-Pressedienst
OD/X/11

18. 6. 1955

schusterten Programm noch die Mühe gegeben, die Fassade einer Arbeitervertretung aufrechtzuerhalten, so werden solche Feinheiten jetzt kaltblütig über Bord geworfen. "Das Neue im Entwurf der abgeänderten Satzung besteht darin," so heißt es im FDGB-amtlichen Kommentar, "daß er die Rolle der Gewerkschaften unter den Bedingungen der Arbeiter- und Bauernmacht beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus hervorhebt." Dem Arbeiter, der das liest, schwant schon ohne Kenntnis von Einzelheiten, daß dieses "Neue" nichts Gutes sein kann.

Ein Blick in das Statut beweist es. Um nur einige Punkte herauszugreifen: Das im alten Statut noch formal vorhandene Streikrecht wird liquidiert, die alleinige Führung der SED verstärkt, während die übrigen Parteien des "demokratischen Blocks" überhaupt nicht mehr erwähnt werden. Weiter: Unter Pflichten des Gewerkschaftsmitgliedes wird die "Verteidigung der DDR" an zweiter Stelle, noch vor Erwähnung irgendeiner Produktions- oder Sozialaufgabe genannt. Den Betriebsgewerkschaftsleitungen schließlich wird befohlen, "praktische Maßnahmen" zur Erhöhung der Normen und Senkung der Löhne (Spar-samkeitsfeldzug) auszuarbeiten und den Betriebsleitungen vorzuschlagen. Niemals wurde in der Geschichte der Name "Gewerkschaft" so brutal für Zwecke staatskapitalistischer Ausbeutung mißbraucht.

In seinem "Rechenschaftsbericht", mit dem WARNKE die Flut der Reden und üblichen Propagandatiraden eröffnete, drohte dieser Ulbrichtsepigone dem Westen "mit eiserner Faust" und rief zur Verstärkung der KVP sowie der Betriebs-SA (Kampfgruppen) auf. Den Gipfel seiner Ausführungen erklimm er, als er es den westdeutschen Arbeitern und ihren Organisationen, dem DGB und der SPD, anbot, mit eben dieser FDGB-Führung eine "Aktionseinheit" einzugehen.

Es erübrigt sich, auf dieses sinn- und geschmacklose Ansinnen eines Mannes einzugehen, der zum Werkzeug eines arbeiter- und volksfeindlichen Regimes herabsank und in dieser Position jedes Gefühl für die Realitäten verloren hat. Denn hätte der Kommunist WARNKE auch nur noch einen Funken von Mut zur Wahrheit, er müßte gerade heute zugeben, daß der FDGB seinen Totalbankrott vom 17. Juni 1953 nicht überwinden konnte. Er müßte zugeben, daß fast ein Drittel der Zwangsmitglieder sich weigert, die Beiträge zu zahlen, daß den Antreibereien der Funktionäre erfolgreicher Widerstand entgegengesetzt und die SEDistische Propaganda durch eisernen Bankrott zur Wirkungslosigkeit verdammt wird. Wenn es eine Antwort auf Warnkes Rede gibt, so hat sie im

18. 6. 1955

Namen der Arbeiter in Ost und West schon längst Erich CLIBNHÄUER gegeben, als er sagte, daß es zwischen dem totalitären Regime der SED und dem demokratischen Sozialismus niemals eine "Aktionseinheit" geben wird - heute nicht, morgen nicht, und in aller Zukunft nicht!

+ + +

Der Anti-Titoismus vor Gericht

OD. Durch die Sowjetzone geht eine neue Welle von Bücherverbrennungen. In Bibliotheken, Archiven - ja selbst bei Funktionären und Mitgliedern der SED wird von Säuberungskommandos Jagd auf eine bestimmte Art von Literatur gemacht, die bis vor wenigen Wochen noch ihren Besitzer als "linientreu" kennzeichnete, die heute aber einem Bannfluch besonderer Art verfallen ist. Die "Schriftsteller", deren Werke heute auf dem Pankower Index librorum erscheinen, sitzen nicht etwa in finsternen Verliesen, sondern nach wie vor (vorläufig wenigstens noch) in höchsten Würden. Unter ihnen befinden sich u. a. Walter ULBRICHT, der SED-Chef; Wilhelm PIECK, der Zonenpräsident und Fred OELSSNER, der Chefidologe. Ihre geistigen Produkte, die heute auf den Scheiterhaufen oder in die Zerreißwölfe geworfen werden, befassen sich - mit Jugoslawien.

Betrachtet man die Titel, um die es geht, weiß man alles: "Die Lehren aus der Entartung der jugoslawischen Parteiführung", heißt z. B. eines der Bücher; ein anderes von ULBRICHT ist der Konsentiarung des Kominformfluches gegen TITO gewidmet. Die politischen Grundschulen der SED müssen künftig ohne Lehrbuch auskommen, weil das Standardwerk ("Lehrbuch für politische Grundschulen") auf den Seiten 338 bis 340 von "Titofaschismus", "Blutkern in Belgrad" und "Titofaschistischen Agenten" spricht. Allein dieses Buch hatte eine Auflage von 1,5 Millionen Exemplaren, andere Titel stehen dem nicht nach.

Diese Hexenjagd, die ULBRICHT und seine Clique nach ihren eigenen Werken aus naher Vergangenheit entfesseln, zeigt die ganze Geistesverwirrung, die der sowjetische Beach in Belgrad hervorgerufen hat. Der Anti-Titoismus ist über Nacht zu eben einem solchen Verbrechen geworden, wie der Titoismus

18. 6. 1955

selbst es war und heute noch ist, denn auch darüber darf die propagandistische Kehrtwendung Pankows sowie des gesamten Ostblocks nicht hinwegtäuschen.

Moskau hat seinen Frieden mit Belgrad schließen müssen, weil es sich der Realität des jugoslawischen Staates und seines erfolgreichen eigenen Weges zum Sozialismus nicht verschließen konnte.

Das Dilemma, in dem Pankow und alle moskauhörigen Kommunisten heute stehen, ist, daß sie dem alten Anti-Titoismus abschwören und sich ihrer bisherigen Parteilinie begeben müssen, ohne eine neue zu besitzen. Schon heute haben die Bücherverbrenner und ZK-Instrukteure, die durch die Bezirke reisen, peinliche Fragen zu beantworten, auf die sie keine Antwort wissen. Innerhalb der SED ist die Diskussion um die MERKER, DAHLEM, KREIKEMEYER, ENDE, BARTEL, BAUER, MÜLLER, GOLDHAMMER und andere erneut entbrannt, die wegen "titostischer Abweichungen" gestürzt und verschleppt wurden. Das ZK hat zwar in westliche Zeitungen die Nachricht lanciert, eine Rehabilitierung dieser Kommunisten, die gewagt hatten, gegen den Moskauer Stachel zu löcken, käme nicht infrage. Das mag als solches den Tatsachen entsprechen, trotzdem wird dadurch nicht verhindert, daß viele SED-Funktionäre heute den Weg als richtig erklären, den Tito aus eigener Kraft und in voller Freiheit und Unabhängigkeit gegangen ist und geht. In den Betrieben der Zone taucht immer häufiger ein Flugblatt auf, das von einer sich "SED-Opposition" nennenden Gruppe verbreitet wird: "Das ZK der KPdSU muß begreifen, daß es auf die Dauer die Gesetze der natürlichen und historischen Entwicklung in den Ländern der Volksdemokratien und der DDR mit Hilfe einiger willfähriger Kreaturen, wie z. B. PIECK, ULBRICHT, nicht vorgewaltigen und aufhalten kann. Diese Führer von Gnaden des ZK der KPdSU haben in der DDR die SED zur bestgehaßten Partei nach der Nazipartei in der deutschen Geschichte gemacht und durch ihre Praxis/gegen die Sowjetunion geschürt." Die Forderung, in der das Flugblatt der SED-Opposition ausklingt, ist die, daß "Moskau aufhören sollte, den deutschen Arbeitern ein System aufzuzwingen, das im Gegensatz zu den Zielen der deutschen Arbeiterbewegung stehe."

Da die SED von Moskau den strikten Befehl hat, antititostische Propaganda zu unterlassen, um die Normalisierung der Beziehungen nicht zu gefährden, da sie aber auf der anderen Seite die Strömungen und Forderungen nach einem neuen, eigenen Weg nicht dulden darf, sitzt Pankow wieder einmal zwischen zwei Stühlen. Wie überall ist man auch hier in einer Sackgasse gelandet.

SPD-Pressedienst
OB/X/11

18. 6. 1955

Zahlen der Not

OD. Dem Ostbüro dem SPD ist ein Dokument in die Hand gefallen, das ein erschütternder Beweis der gegenwärtigen Notlage der Zonenbevölkerung ist. Es handelt sich um einen "Staatlichen Monatsbericht" über die Versorgung eines bestimmten Gebietes der SBZ mit Lebensmitteln.

Der Bericht beginnt mit einer globalen Übersicht über die Lage in dem betreffenden Gebiet. U. a. wird ausgeführt:

"Die Überprüfungen ergaben Anzeichen für große Schwierigkeiten, so z. B. bei

der Versorgung mit Fetten durch die EC, der Bereitstellung von Mehl aller Sorten, von Weizenbrot, Kleingebäck sowie Roggenbrot, außerdem bei Belieferung mit Artikeln auf Marken."

Auf Marken gibt es bekanntlich heute noch Fett, Fleisch und Zucker, für Kleinkinder auch Vollmilch. Selbst diese rationierten Grundnahrungsmittel waren also nicht vorhanden. Im weiteren meldet der Bericht:

"Schlangenbildungen werden in vielen Kreisen gemeldet. Besonders starker Andrang herrscht am Wochenende, und heftige Diskussionen werden von den Hausfrauen geführt. Die Kunden diskutieren so, daß es im letzten Jahr des Fünfjahrplanes nicht zu kaufen gibt. In ... mußte Polizei eingesetzt werden."

In einem Kreis sei eine Woche hindurch überhaupt kein Fett ausgeliefert worden, weil - wie es im Bericht heißt - die "verantwortliche Dienststelle eine unverantwortliche Haltung an den Tag gelegt" habe. In einem anderen Kreis seien fast 2 to Butter zurückgewiesen worden, weil sie bei Anlieferung verderben waren. Auf die Versorgung mit Kartoffeln übergehend, stellt der "Staatliche Monatsbericht" sachlich fest, in einem einzigen Bezirk fehlten allein rund 2.000 to, um einen Anschluß an die neue Ernte zu erreichen. Milch sei nur "zwischen 12 und 28 % des Bedarfs" vorhanden. Die Versorgung mit Brot "schwankte in den Kreisen zwischen 48 und 80 % des Bedarfs".

Ein Kommentar zu dieser Statistik des Elends erübrigt sich!

18. 6. 1955

Ulbricht auf altem Kurs

OD. Nachdem der Ausschluß der Sowjetzonenrepublik aus dem gemeinsamen Oberkommando des Ostblocks und die Schwankungen der Sowjetpolitik gegenüber Jugoslawien den SED-Führern klargemacht haben, daß sie sich nicht nur von den 18 Millionen in der Zone, sondern auch von den Sowjets und den Satelliten mehr und mehr isoliert haben, versuchen sie verzweifelt, die ihnen noch gegebene Frist zu verlängern. Die Furcht, von den Sowjets genau so abgeschrieben zu werden, wie etwa die Kommunisten Österreichs, beherrscht alle ihre Schritte. ULBRICHT, der 1. Sekretär der SED, hat deshalb auf der 24. Tagung des Zentralkomitees seiner Partei versucht, ein Programm zu entwickeln, um die "DDR" als Pflanzstätte des Kommunismus in Deutschland zu erhalten, wobei es wie nie zuvor deutlich wurde, daß die SED durch ihre Haltung eine weltweite Einigung über die Deutschlandfrage zu verhindern sucht.

Überprüft man ULBRICHTs Rede von diesem Gesichtspunkt aus, so stößt man auf eine neue Formulierung, die das beweist. Hat sich früher die SED daran gehalten, von dem deutschen Volk als eines Volk zu sprechen, das durch die Zonengrenzen getrennt ist, so hat es der 1. SED-Sekretär nunmehr fertiggebracht, die Zonenbevölkerung zu einem eigenen Volk zu erheben. Wörtlich rief er aus, es sei notwendig, "die patriotische Einheit des Volkes in der DDR zu schaffen." Um die Aufrechterhaltung der Spaltung Deutschlands und sogar die Schaffung zweier neuer Völker schmackhaft zu garnieren, verlangte er ein kollektives Sicherheitssystem, in welchem "beide Teile Deutschlands keinerlei militärische Bindungen" haben sollen, oder - um es mit anderen Worten auszudrücken - die Spaltung soll aufrechterhalten werden, ob nun die Spannung in einem internationalen Zweiblocksystem erhalten bleibt oder ob sie im Rahmen eines kollektiven Sicherheitssystems abgebaut wird.

Damit nicht genug hat er erneut gefordert, die "DDR" solle sich im internationalen Rahmen dadurch festigen, daß sie sich um Anerkennung durch die Staaten der freien Welt bemüht. Er erwähnte besonders Finnland, Schweden, Dänemark als Staaten, denen man sich nähern müsse, wobei er ein "gemeinsames Vorgehen aller Ostseestaaten" als erstrebenswertes Ziel proklamierte. Weiter propagierte er das selbständige Auftreten der "DDR" in internationalen Komitees, wobei er z. B. das internationale Olympische Komitee, das Rote Kreuz und die UN-Gesellschaft (eine Weltföderation zur Förderung des Gdankenguts der UN) hervorhob. Reaktionen Kreise, so meinte er, versuchten

SPD-Pressedienst
OD/X/11

18. 6. 1955

dies zu verhindern, aber diese Politik werde scheitern, "weil sie nicht der Realität entspricht."

Man könnte dergleichen Äußerungen ULBRICHTs aus seiner Rede vor dem 24. Plenum noch dutzendweise anführen. Aus allen geht eines klar hervor: Je größer die Aussichten werden, eine internationale Ratspannung herbeizuführen, um so mehr bemüht sich die SED, die Aufrechterhaltung des status quo zu propagieren und die Spaltung Deutschlands, auf der allein die Macht der sowjetischen Staatspartei beruht, aufrechtzuerhalten. Die Pläne, die zu diesem Zweck entworfen werden, sollen dabei vor allem die Sowjetunion überzeugen, an deren Haltung der Fortbestand der "DDR" hängt und der die SED nicht mehr traut.

Hand in Hand mit solchen aus Angst und Großsprechererei geborenen Plänen und Wunschbildern werden innerhalb der DDR Maßnahmen ergriffen, um vollendete Tatsachen zu schaffen, die nicht mehr rückgängig zu machen sind. ULBRICHT hat - wie bestimmte Kreise in der Bundesrepublik - erkannt, daß eine bedeutende Position in der Revue vollendeter Tatsachen militärische Verbände sind. Deshalb legt er besonderen Wert, die Stärke und den weiteren Ausbau der KVP (er sprach von der "Kasernierten Volkspolizei" fast ausschließlich als von "unseren bewaffneten Streitkräften") zu sichern. Nachdem die Antimilitaristen im Zonenstaat erneut als "Friedensfeinde" diffamiert wurden, empfahl SED-Chef ULBRICHT der Jugend, künftig eine "zwei- oder dreijährige Militärdienstzeit" einzukalkulieren. Im Übrigen beendigte er offiziell den "Neuen Kurs", um nun wieder eine Periode der "Festigung der demokratischen Staatsmacht", also verschärften Terror und verschärfte Ausbeutung einzuläuten.

Niemand sollte sich jedoch von diesen Tönen aus Pankow täuschen lassen. Die überstürzten Maßnahmen der Zonenregierung, die unter Mißachtung der inneren Spannungen und der bedrohlichen Unruhe des Volkes ergriffen werden, sind nicht Zeichen einer Festigung oder Stärke. Es ist die Torschlußpanik, die Angst vor dem Abgeschriebenwerden, die daraus spricht.

Westliche Journalisten, die in Moskau amtliche Stellen über das ULBRICHT-Programm befragten, erhielten achselzuckend die Antwort:

"Was der Herr ULBRICHT gesagt hat, ist die Meinung der SED, an deren Spitze Herr ULBRICHT steht."

Deutlicher konnte das "Nitschewo" nicht kommen.

+ + +

Verantwortlich: Stefan THOMAS